

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.05.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal vor Rügen: Anhörung erhöht Druck auf Landesregierung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.05.2023</i>	3
2 Tourismus ist Kernkompetenz von MV <i>Ostsee-Zeitung.de, 08.05.2023</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.05.2023 | S. 15

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

FLÜSSIGAS-TERMINAL IN DER OSTSEE

LNG-Terminal vor Rügen: Anhörung erhöht Druck auf Landesregierung

Bundeswirtschaftsministerium mahnt zügige Klärung der Standortfrage an

Im Streit um ein LNG-Terminal in der Ostsee wächst der Druck auf die Landesregierung von MV. „Uns liegt daran, dass wir gemeinsam mit der Landesregierung zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen“, so der Parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Stefan Wenzel (Grüne), am Montag bei der Anhörung zum geplanten LNG-Terminal vor Rügen im Petitionsausschuss des Bundestages. Der Bund habe bereits vor Ostern eine Entscheidung zu einem Standort erhofft. Jetzt aber komme man in „zeitliche Verdrückung“. An den Plänen hält der Bund mit dem Argument einer drohenden Unterversorgung weiter fest: Selbst wenn das Terminal erst im Verlauf des Winters fertig wird, werde das helfen.

Sehr zum Missfallen der Rügäner, die die Anhörung auf der Tribüne verfolgten oder vor dem Bundeskanzleramt gegen die Aufnahme Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz demonstrierten. Auch der Einreicher der Petition, Marvin Müller (SPD), zeigte sich nach der Anhörung enttäuscht. „Es ist viel laviert worden“, so Müller. Klar geworden sei, dass der Bund weiter Mukran als Standort favorisiere. Angesichts der Be-teuerungen des Bundes, in enger Allianz mit dem Land zu handeln, sieht der Binzer Bürgermeister Karsten Schneider jetzt den Ball in Schwerin, um das Projekt zu verhindern. „Die Landesregierung ist der Schlüssel zur Abkehr vom Standort“. Von dort hieß es zuletzt, dass die Gespräche zwischen Bund und Land noch laufen.

Die Initiatoren der Petition hatten mehr als 61 000 Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt. In ihren Statements vor dem Ausschuss wiesen Müller und der Binzer Kurdirektor Kai Gardeja auf die Einzigartigkeit des Naturraums und die Gefährdung des Tourismus hin und äußerten Zweifel an einer drohenden Gas-mangellage.

Staatssekretär Wenzel argumentierte, dass man das

Gas nicht nur für den Osten Deutschlands und andere europäische Staaten ohne Häfen, sondern auch als Sicherheitspuffer benötige, um einen Ausfall von Kapazitäten im Falle von Cyberangriffen oder Anschlügen auf Pipelines kompensieren zu können. „Wir müssen weiter Vorsorge treffen“, sagte er. Zudem habe das Terminal in Lubmin sich mit dem Pendelverkehr nicht als so leistungsfähig erwiesen wie erhofft. „Häfen übernehmen Verantwortung für das Hinterland.“ Auch die Nordsee habe eine einzigartige Küstenlandschaft und auch dort seien LNG-Terminals entstanden.

Petent Müller konterte: „Rügen ist im Gegensatz zu Wilhelmshaven und Brunsbüttel kein Industriestandort.“ Durch den Aufbau der LNG-Infrastruktur würden die verfassungsgemäß festgelegten Klimaschutzziele des Bundes verfehlt. Er forderte vom Bund, ein solch gravierendes Projekt nicht in einem beschleunigten Verfahren durchzuführen, um die Akzeptanz von Politik in der Fläche nicht zu verlieren. „Die Stimmung in der Region ist vergiftet.“

Kritisiert wurde auch die mangelhafte Kommunikation durch den Bund. Viel Porzellan sei durch Bund und RWE zerschlagen worden, so Ausschussmitglied Erik von Malottki (SPD). Um das zu kitten, müsse sich das Bundeswirtschaftsministerium mit den Rügäner an einen Tisch setzen und eine Einigung finden, so der SPD-Mann. Sein Parteikollege Bengt Bergt, Berichterstatter im Ausschuss, hält die aktuell formulierte „Fundamentalkritik“ angesichts der Versorgungslage für nicht lösungsorientiert. „Es geht hier nicht nur um Rügen - es geht um Ostdeutschland“.

Nach Angaben Wenzels hat die Landesregierung „sieben oder acht Standorte“ in der Ostsee geprüft. Einen Standort weit vor der Küste habe man aber verworfen. Mit entsprechenden Anlagen weit draußen auf dem Meer gebe es keine Erfahrungen in Europa. „Sie müs-

sen den ganzen Winter über verlässlich funktionieren, auch bei Sturm, auch bei Eisgang.“ Das sei zwar möglicherweise technisch machbar, „aber aus unserer Sicht nicht prioritär“.

Wenzel widersprach der Auffassung, dass in beschleunigten Genehmigungsverfahren Umweltbelange nur unzureichend berücksichtigt würden. „Wir haben mit dem LNG-Gesetz die materiellen Anforderungen nicht abgesenkt.“ Es seien lediglich die Fristen verkürzt wor-

den.

Der Petitionsausschuss hat jetzt vier bis sechs Wochen Zeit, um dem Bundestag eine Empfehlung vorzulegen. Die Bundesregierung ist an die Empfehlung nicht gebunden. Sollte das Kabinett eine Aufnahme Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz beschließen, müsste sich der Bundestag damit befassen. „Die Anhörung im Petitionsausschuss hat für eine Schärfung der Diskussion im Bundestag gesorgt“, so von Malottki.

 Ostsee-Zeitung.de | 08.05.2023 dpa WEBLINK

FORSA-UMFRAGE

Tourismus ist Kernkompetenz von MV

Schwerin

Laut einer Forsa-Umfrage wird MV bundesweit in erster Linie als Urlaubsland gesehen und weniger als Arbeits- und Kulturort. Das Land wird zudem nun überwiegend als norddeutsch bezeichnet. Bei der letzten Umfrage 2018 wurde mit MV noch deutlich häufiger „ehemalige DDR“ oder „Ostdeutschland“ assoziiert.

Mecklenburg-Vorpommern wird einer Studie zufolge bundesweit in erster Linie als Urlaubsort gesehen. Leicht rückläufige Tendenzen gibt es in der Wahrnehmung als Arbeits- und Kulturstandort, wie die Staatskanzlei in Schwerin am Montag zur Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Forsa mitteilte.

83 Prozent der gut 2000 Befragten bescheinigen demnach dem Nordosten Stärken als Urlaubsland. Jeder zweite Befragte (50 Prozent) gibt dem Land derzeit gute bis sehr gute Werte als Gesundheitsland, was laut Staatskanzlei deutlich weniger als vor vier Jahren ist. Die Landesregierung lässt alle vier Jahre das Image des Bundeslandes und die Wirksamkeit seiner Marketingmaßnahmen untersuchen. Die Befragungen fanden im Dezember und Januar statt.

Tourismus ist Kernkompetenz von MV

84 Prozent der Befragten äußerten laut Staatskanzlei die Ansicht, dass sich MV seit 1990 gut entwickelt ha-

be. Das seien zwölf Prozentpunkte mehr als bei der Befragung 2018. Dies sei ein „wirklich starker Wert“, sagte Staatskanzleichef Patrick Dahlemann (SPD). Der Tourismus werde als eine Kernkompetenz des Landes angesehen. Alleinstellungsmerkmal von MV sei seine einzigartige Natur. Beim Thema Nachhaltigkeit würden für das Bundesland große Potenziale gesehen.

Überraschend sei, dass Mecklenburg-Vorpommern heute überwiegend als norddeutsch gesehen werde. Bei der Umfrage 2018 sei MV in der offenen Abfrage noch deutlich häufiger mit „ehemalige DDR“ oder „Ostdeutschland“ assoziiert worden.

Seit 2004 wirbt der Nordosten mit seiner Landesmarketingkampagne unter dem Motto „MV tut gut“ für das Land. Dabei sollen über Branchen und Institutionen hinweg die wichtigsten Themen des Landes verknüpft werden. Dazu gehören laut Staatskanzlei Gesundheit, Natur und Ernährung, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Tourismus.